

Kurier für Niederbayern

Jahrgang 71 — Nummer 345 — 18. Dezember 1918

Danzig gegen die Polen. Bor veu FriedeuSverhandlilngen. — Helgoland soll vernichtet werden. — Ein neuer Prä sident in Portugal. — Finnland geräumt.

Von Karl Büttner-Erlangen. 1 s
Zunächst eine Vorbemerkung: Es wäre, schon aus technischen Gründen, noch! mehr zum Zwecke der Betonung der deutschen Einheit und Zusammengehörigkeit, besser gewesen, trenn für das Teutsche Reich und für sämtliche deut sche Bundesstaaten die gleiche Wahlordnung erlassen worden wäre. Ferner ist die Forderung-, nicht die Bitte, sondern die Forderung zu erheben, daß die Wahlen zur deutschen Nationalbersammlung nicht erst am 16. Februar, sondern spätestens am 19. Januar vorzunehmen sind. Was in Bayern geht, geht im Reiche auch,- Endlich sei die Warnung ausgesprochen,' über die rüayauw,e Anerkennung des künf tigen Landtags bzw. Reichstags als der höch sten, einzigen und für die gesamte Verfassungs^und Gesetzgebung ausschlaggebenden Instanzen weiterhin zweideutige Aeußerungen zu tun. Wir lassen uns nicht an der Nase herumführen. Zur neuen Wahlordnung in Bayern sind folgende Anmerkungen allgemeiner Art zu machen: 1 j Tie Wahlkreise bleiben wie bisher, heißen aber fortan Stimmkreise. Es werden wie bis her Kandidaten für die einzelnen Stimmkreise ausgestellt und die WahHettel des Wählers enthalten nur einen (in Stimmkreisen mit 2 Abgeordneten zwei) Namen. Tvch müssen sichj die Kandidaten vor der Wahl für eine be stimmte Partei entschieden haben und von die ser Partei dann in einer Liste zusammenge faßt sein. Andere Kandidaten als solche, dje [in Listen stehen, dürfen nicht

gewählt werden. Ter Kandidat muß gleichsam von der.Partei abgestempelt sein. Ter Wähler gibt also, wenn er den Zettel zur Urne trägt, nicht nur für einen Kandidaten, sondern damit zugleich auch für dessen Partei eine Stimme ab. Taraus folgt, daß jede Stimme für die Partei den gleichen Wert hat, ob sie für einen sicheren oder für einen aussichtsikosen Kandidaten abgegeben wird. Je mehr aber die Parteil Stimmen erhält, desto mehr Abgeordnete bekommt sie. Zuwächst werden nach dem Verhältnis der für die einzelnen Parteien abgegebenen Stim men 163 Mandate unter die Parteien verteilt; innerhalb der Parteien kommen die Kandida ten in der Reihenfolge der Stimmenzahlen die sie errungen, zum Zuge. Sind die 163 Mandate verteilt, dann werden, ebenfalls nach dem Verhältnis, noch, weitere 17 Mandate, wie der zunächst in die Parteien, verteilt. Tie dabei anfallenden Sitze können dann die Par teien nach, eigenem Ermessen an solche Kandi daten vergeben, welche einerseits bereits in die Liste aufgenommen sind, andererseits aber bei der Berteilung der 163 Mandate leer aus gingen. Tadurch, wird es ermöglicht, daß sich die Parteien besonders erwünschte Mtarbei-, Was muß der Wähler von der neuen bayerischen Wahlordnung wissen? ter in der parlamentarischen Tätigkeit sichern, die außerdem vielleicht durchgesaklen wären. Tie Wahlkreis- (jetzt Stimmkreis-)Vorsitzenden haben also umgehend die Aufstel lung ihres (in zweimännigen Stimmkreisen ihrer zwei) Kandidaten in die Wege zu leiten. In aussichtslosen Stimmkreisen nimmt man am besten einen von der Vorftandschaft (vom Ver tretertag) der Landespartei vorgeschlagenen Kandidaten. Dadurch,, daß ein solcher in meh reren, wenn auch,

für sich allein aussichtslosen Stimmkreisen ausgestellt wird, kann er auch, zum Zuge gelangen. Tie Hauprsache ist, daß schon jetzt überall, auch, in der rersprengtesten Diaspora, gearbeitet wird, damit am Wahbtage die allerletzte Stimme für die Partei in die Urne gelangt. Es ist nicht mehr so wie früher! Jetzt zählt tatsächlich jede Stimme. Was für die Partes- und Vereinsvorstän de gilt, das gilt ebenso für die einzelnen Par teifreunde, die Wähler: Mitarbeit, Beitritt zur Partei, Erklären des Programms, Aufklären der Bekannten, Uebernahme von Wahlgeschäften aller Art, wie FlugblättervertgMng u. a. Taneben ist folgendes besonders zu beachten: 1. Alle Bayern, die am 11. Januar 1919 zwanzig Jahre alt werden oder schon älter sind, haben gleiches Wahlrecht, also auch die Soldaten und die Frauen. Alle, die 25 Jahre alt werden oder älter sind, können gewählt werden. 2. Wer von jetzt bis 12. Januar seinen Wohnort wechselt, lasse sich beim Wegzuge eine Bescheinigung darüber geben, daß er in der Wählerliste des alten Wohnortes nicht mehr steht; im neuen Wohnort veranlasse er sofort die Eintragung in die Wählerliste; das kann noch, am 12. Januar geschehen, bei Soldaten sogar dann, wenn sie vorher infolge mili-tärischer Verhinderung (Bescheinigung!) bis dahin noch, in keiner Wählerliste eingetragen waren. . Am 4., 5. oder 6. Januar müssen alle Wähler und besonders alle Wählerinnen nach sehen oder nachsehen lassen, ob ihr Name in den Wählerlisten steht; versäumen sie das, dann besteht große Gefahr, daß sie nicht wählen dürfen. Zum Schlüsse wäre noch zu bemerken: Bis jetzt sind vier Parteien auf den Plan getreten 1. die Teutsche Volkspartei (Teutsche Temokratische Partei), diese vertritt

die Interessen aller deutsch- und freiheitlich gesinnten Staatsbürgers, des Arbeiters ebenso wie des Bauern, Handwerkers Kaufmanns und Beamten. Sie hat das ehrlichste Bestreben, je dem das Seine zu geben und jede wirtschaftliche und politische oder kulturelle Bedrückung zu verhindern. 2. Die Bayerische Volkspartei ist das bisherige Zentrum unter der Führung Tr. Heims und Tr. Schlittenbauers. Das Programm der neuen Bayerischen Volkspartei ist in allen wesentlichen Punkten sachliche das des früheren Zentrums. 3. Die Sozialdemokratie ist die Partei, der wir die Revolution verdanken. Sie tritt jetzt einig auf, noch vor wenigen Wochen bekämpften sich! ihre beiden Flügel sehr heftig. Ob die Gruppen um Liebknecht u. a. auch, zur Sozialdemokratie gerechnet werden müssen, wird man vielleicht erst aus der Kandidatenaufstellung erkennen. 4. Die Mittelpartei setzt sich! wohl hauptsächlich aus den bisherigen Konservativen, den Anhängern der Bundes der Landwirte und der Vaterlandspartei zusammen.

Kriegsminister Scheuch, zurückgetreten. - Berlin, 17. Dez. Auf eine Anfrage beim Kriegsministerium wird dem "Lokalanzeiger" mitgeteilt, daß Generalleutnant von Scheuch, um Erhebung seiner Stellung gebeten hat, weil seine Bemühungen, dem Offizierskorps, das sich! bereitwilligst in den Dienst der Ordnung und der Regierung gestellt hat, Schmähungen, Verleumdungen und Beleidigungen fernzuhalten, als erfolglos angesehen werden müssen, ferner weil die Einmischung unberufener und nichtsachverständiger Mitglieder von Soldatenräten usw. in seine Befehlsmöglichkeiten eine

ersprießliche Arbeit unmöglich machte. Gegen die rote Kokarde! Berlin, 15. Dez. Das Garderegiment zu Fuß hat den Kameraden und anderen Formationen die rote Kokarde von den Mützen entfernt. Die Soldatenräte wurden von dem 1. Garderegiment zu Fuß für ausgehoben erklärt. -Ebenso heißt das Garderegiment in Potsdam die Entfernung der roten Abzeichen verfügt Und die Funktion der Soldatenräte für aufgehoben erklärt. — Die Truppen wollen die demokratische, nicht sozialistische Republik. 1. Ter Reichskongress der A.- und S.-Räte | tagt zurzeit in Berlin. Volksbeauftragter Ebert weist auf die Kinderkrankheiten der neuen Republik und die Schwierigkeiten der Arbeitsbeschaffung hin. Er betonte: In Zukunft kann es in Deutschland nur einen Rechtsstaat geben. Das ist der Wille des ganzen Volkes. Je eher wir dazu gelangen, unseren deutschen Volksstaat auf die feste Grundlage des Willens der ganzen Nation zu stellen, um so eher wird die deutsche Republik gesund und stark werden, um so eher kann sie an die Erfüllung ihrer großen sozialistischen Ziele herangehen. Demokratie

Und Nationalversammlung bieten für die endgültige Überwindung der Willkürherrschaft dauernde Garantie. Errichten Sie, Arbeiter und Soldaten, hier das große Werk der Freiheit im Dienste der Demokratie, und die deutsche Volksrepublik wird aller Gefahren Herr werden und einer glücklichen Zukunft entgegengehen (Lebhafte Beifall; nb Händeklatschen). Ein Antrag, Liebknecht und Rosa Luxemburg als beratende Gäste zum Kongress zuzulassen, wird abgelehnt. (Großer Lärm bei einem Teil der Versammlung.) Inzwischen kam ein Zug streikender Arbeiter vor dem Versammlungslokal an. Eine Deputation erschien im Saal und

forderte in der Hauptsache eine einheitlich-sozialistische Republik, die Übertragung der ganzen Macht an die Arbeiter- und Soldatenräte, -Einsetzung des Vollzugsrates als höchstes Organ der Gesetzgebung und Exekutive, der außer dem auch, die Reichsbehörden einzusetzen und zu ernennen hat, Beseitigung der Volksbeauftragten Ebert und Haas« (großer Lärm, Pfutzrufe), sofortige energische Durchführung aller -Einrichtungen zum Schutze der Republik, Entwaffnung der Gegenrevolutionäre, Bildung einer Roten Garde (großer Lärm), und endlich Aufforderung an das Weltproletariat zur Schaffung der sozialistischen Weltrepublik. Der Vorsitzende Richard Müller erstattet dann Bericht, in welchem er sich gegen den Rat der Volksbeauftragten wendet, der dem Vollzugsrate die Kontrolle des Vollzugsrates zu entziehen suche. Dittmann teilte mit, daß das Entlassungsgesuch Solfs genehmigt, dieser aber noch! im Amte sei. Zur Sozialisierung können jetzt keine Experimente gemacht werden. Sehr kräftige Töne schlug Eberts (Essen) an, der meinte: Der Berliner Vollzugsrat geht den Sozialisten in der Provinz bis an den Hals (Sehr wahr). Wir wessen entrüstet die Zumutung des Vollzugsrates zurück, daß wir hier bis zum 25. Dezember sitzen und täglich! 50 Mark Träten einstecken sollen. (Lebhafte Zustimmung.)

Klärung sei zu erwarten. Die Scheldefrage werde freundschaftlichen Besprechungen vorbehalten bleiben. Belgien. BelAntti> Holland. ' .. Der Brüsseler Korrespondent des Allgemeinen Handelsblatts berichtet seinem Blatt, daß die Pariser Pressekampagne gegen Holland in Belgien nicht gebilligt werde. Besonders Huisman und

Bandervelde seien gegen die Pariser Annexionisten. Eine belgische Regierungser-

Vor den Friedensverhandlungen. Die Vorbereitungen für den Friede». Berlin, 16. Tez. Nach! dem Eintreffen Lloyd Georges in Paris Ende dieser Woche Ter kommende Friede» und wie sich ver verschiedene Ententekreise ich» vorstelle». Genf, 16. Tez. Nach einer Washingtoner Meldung hat die deutsche Regierung durch Vermittlung der Schweiz von den Vereinigten Staaten rasche Mitteilung erbeten über Datum und Ort der Friedenskonferenz. In Paris rechp net man, daß die Vorverhandlungen einen Mo"nat in Anspruch! nehstren werden und daß also ehestens Anfang Februar die eigentlichen Präliminarverhandlungen beginnen können, am 1. denen Deutschland teilnehmen wird auf Grund der von der Entente aufgestellten Vorbedkngungen für den Friedensschluß. Die Verlängerung des Waffenstillstandes. London, 16. Tez. (Reuter.) Ueber die Verlängerung des Waffenstillstandes schreibt die "Daily Mail": Das deutsche Volk hat te^ nerlei Ursache, sich über die Veränderungen zu beklagen. Es sei sogar mit äußerster Rücksicht ! behandelt worden. Trotzdem scheint die deut« l fche Regierung bereits mit einer Propaganda } gegen »die netten Veränderungen begonnen zu haben. Die Alliierten würden sich daran er innern, daß dies die Bedingungen des Waffenstillstandes und nicht die Friedensbedingurch gen seien, die notwendigerweise sehr berschreden von den ersteren sein müßten. Daraus er kläre sich, auch, daß es den deutffchen Schiffen ge stattet werden solle, mit deutschen Besatzungen Lebensmittel für die

deutsche Bevölkerung aus Amerika zu holen. Eigentliche seien ja diese Schiffe Eigentum der Alliierten, das nach dem Friedensschluß den Alliierten Mrückgegeben werden müßte, getreu dem Grundsatz, den England ausgestellt hat "Tonne um Tonne". Auch! bei den Waffenstillstandsverhandlungen sei Deutschland davon verständigt worden, dah für die angerickhteten Schäden völlige Vergütung gefordert totetben würde. beendet sein werden. Die Hauptkonferenz über den vorläufigen Frieden wird in der darauf folgenden Woche zusammentreten. An den Verhandlungen wird sich!, dem "Berl. Lokalanz." zufolge, auch, Wilson beteiligen, der das Weih nachtsfest bei den amerikanischen Truppen in Trier zu verbringen gedenkt. Ende Januar wird er in London erwartet.

Böhmen. Reichenbcrg von den Tschecho-Slowaken besetzt. 1. Reichenberg, 17. Tez. Heute früh wurde die Stadt Reichenberg von tschecho-slowakischen Truppen besetzt. Die Tschecho-Slowaken enthoben den Bürgermeister von seinem Amte, lösten das Stadtverordnetenkollegium auf und setzten eine Verwaltungskommiffion, aus sieben Teuffchen und vier Tschechen bestehend, ein. Gleichzeitig bestimmten sie, daß die deutsche Volkswehr von Reichenberg binnen fünf Tagen aufzulösen sei. Bald hierauf befestigten die Tschecho-Slowaken unter donnernden Slavarufen weißrote Fahnen aus dem Rat hause. Die deutsche Bevölkerung strömte von allen Seiten herbei, und stimmte in brausendem Ehor die Klänge der "Wacht am Rhein" an, von deren Tönen die tschechischen Slavarufe erstickt wurden. Auch <Eyer und Komotau wurden heute von den Tschechen besetzt. i Tages-IleberM

* «htteke» abgefetzt. Ter Vertrauensmann iw preußischen Kultusministerium Tr. Wyneken gegen den 7ich eine heftige Opposition geltend mochte, ist bon seiner Stelle enthoben worden.

Tages-Uebersicht. * «htteke» abgefetzt. Ter Vertrauensmann iw preußischen Kultusministerium Tr. Wyneken gegen den 7ich eine heftige Opposition geltend mochte, ist bon seiner Stelle enthoben worden. Trennung von Kirche und Staat. Gegenüber den Meldungen, daß die Durchs fuhrung der Trennung von Kirche und Staat unmittelbar bevorstehe, erfährt die "Rheini sche Zeitung" bon zuständiger Seite, daß dies' nicht der Fall sei. Vorgestern habe im Kultusministerium eine besonders zusammengesetz et Kommission ihre Arbeiten aufgenommen. Die Kommission wird die mit der Trennung von Kirche und Staat zusammenhängenden Fra gen zu erörtern haben. Bei dieser Kommission befinden lich auch eine Anzahl Geistlicher. Amerika» ischj-mexikanischer Zwischenfall. Die mexikanische Grenzwa che in Tampico griff die Besatzung des «merikanischen T«ampfers "Meuterei," an. Die Amerikaner töteten einen mexikanischen Hauptmann und verwundeten einen anderen Mexikaner tödlich,. Ter Zwi schenfall wird seitens der beiden beteiligten Staaten auf diplomatischem Wege erledigt. | Die neuen deutschen Stenergesetze. i Berlin, 17. Tez. Die neue und ver| schärfte Krtetgsgewinnsteuer wird im Verord. nungswege dekrediert werden, während die an deren Steuervorlagen durch- die Nationalver sammlung Gesetzeskraft erhalten sollen. Die Verordnungen dürften in der nächsten Zell er scheinen. I

Wiedereröffnung des Kapitalmarkts für f Bundesstaaten und Gemeinden. 1 Wie aus Berlin verlautet, wird demnächst eine Verordnung des Reichsschatzamtes den Bundesstaaten und Kommunen den Weg zum Kapitalmarkt wieder erschließen und zwar für den Finanzbedarf der Kommunen grundsätzlich!, während den Bundesstaaten durch, das Reichs schatzamt die Ausgabe kurzfristiger Schatzanweisungen nahegelegt sterben soll. t | Tie deutsche« Offiziers- «ud Maunschasts- , l Verluste. Berlin, 16. Tez. Nach, den amtlichen Feststellungen sind im Kriege 58 500 Offiziere gefallen. Tie Zahl der verwundeten, erkrank ten, erblindeten und siechen deutschen Offiziere > übersteigt, der "Boss. Ztg." zufolge, die Zahl | Von 200 000. l In Ergänzung früherer Mitteilungen über die Höhe der deutschen Verluste im Weltkrieg teilen die "P. P. N." folgende authentische ' Zahlen mit: 1 600 000 Tote, 203 000 Vermiß. te, 618000 Gefangene, 4 064 000 Verwundete, t Summa 6 490 000 Gesamtverluste. Erhebliche Einschränkung des Personenverkehrs. Berlin, 16. Tez. Tie heute beginnende Ablieferung der 5000 Lokomotiven aus Grund der Bestimmungen des Waffenstillstandes be dingt eine weitere Verkehrseinschränkung. Vor allem müssen alle Weihnachtsreisen unterblei ben. Auch, alleg)rierten Reisen werden behörd lich, eingeschränkt werden. Tie 5000 Lokomoti ven müssen binnen Monatsfrist abgeliefert werden, andernfalls wertere 500 Lokomotiven als Strafe abzuliefern sind. Merlei. Verhafteter Pferdeschieber. In den Bnreauräumen des Bauernrats im Landtag ge lang es, einen Händler zu verhaften, der ge kommen war, um sich zu "rechtfertigen". Ter

Schieber hatte nicht weniger als 92 Pferde zu samengekauft um einen Betrag von 4700 (!) Mark, der größtenteils als Schmiergeld in die Tasche eines Sergeanten geglitten war, der bis jetzt noch nicht ermittelt werden konnte. Tie Tiere, die der Händler im Garten eines Waldrestauränts unweit München untergebracht hat te, konnten mit Ausnahme von 8 Stück, welche bereits weller verkauft waren, beschlagnahmt und enteignet werden. ' ' 1 MtderdinieriW StodMB Aobeneaaakfoftn. 17. Dez. (Das Eisern« Kreuz 1. Kl.) wurde dem Artillerieunterofft-, zier Herrn Joseph Braun. Krämerssohn von hier, verliehen. , i ! t • (' t

Allerlei. Trennung von Kirche und Staat. Gegenüber den Meldungen, daß die Durchs führung der Trennung von Kirche und Staat unmittelbar bevorstehe, erfährt die "Rheini sche Zeitung" bon zuständiger Seite, daß dies' nicht der Fall sei. Vorgestern habe im Kultusministerium eine besonders zusammengesetz et Kommission ihre Arbeiten aufgenommen. Tie Kommission wird die mit der Trennung von Kirche und Staat zusammenhängenden Fra gen zu erörtern haben. Bei dieser Kommis sion befinden lich auch eine Anzahl Geistlicher. Amerika« ischj-mexikanischer Zwischenfall. Tie mexikanische Grenzwa che in Tampico griff die Besatzung des «merikanischen T«ampfers "Meuterei," an. Tie Amerikaner töteten einen mexikanischen Hauptmann und verwunde ten einen anderen Mexikaner tödlich,. Ter Zwi schenfall wird seitens der beiden beteiligten Staaten auf diplomatischem Wege erledigt. | Tie neuen deutschen Stenergesetze. i Berlin, 17. Tez. Tie neue und ver| schärfte Krtegsge winnsteuer wird im Verord.

nungswege dekrediert werden, während die an deren Steuervorlagen durch- die Nationalver sammlung Gesetzeskraft erhalten sollen. Tie Verordnungen dürften in der nächsten Zell er scheinen. l Wiedereröffnung des Kapitalmarkts für f Bundesstaaten und Gemeinden. 1 Wie aus Berlin verlautet, wird demnächst eine Verordnung des Reichsschatzamtes den Bundesstaaten und Kommunen den Weg zum Kapitalmarkt wieder erschließen und zwar für den Finanzbedarf der Kommunen grundsätzlich!, während den Bundesstaaten durch, das Reichs schatzamt die Ausgabe kurzfristiger Schatzanweisungen nahegelegt sterben soll. t | Tie deutsche« Offiziers- «ud Maunschasts- , l Verluste. Berlin, 16. Tez. Nach, den amtlichen Feststellungen sind im Kriege 58 500 Offiziere gefallen. Tie Zahl der verwundeten, erkrank ten, erblindeten und siechen deutschen Offiziere > übersteigt, der "Boss. Ztg." zufolge, die Zahl | Von 200 000. l In Ergänzung früherer Mitteilungen über die Höhe der deutschen Verluste im Weltkrieg teilen die "P. P. N." folgende authentische ' Zahlen mit: 1 600 000 Tote, 203 000 Vermiß. te, 618000 Gefangene, 4 064 000 Verwundete, t Summa 6 490 000 Gesamtverluste. Erhebliche Einschränkung des Personenverkehrs. Berlin, 16. Tez. Tie heute beginnende Ablieferung der 5000 Lokomotiven aus Grund der Bestimmungen des Waffenstillstandes be dingt eine weitere Verkehrseinschränkung. Vor allem müssen alle Weihnachtsreisen unterblei ben. Auch, alleg)rierten Reisen werden behörd lich, eingeschränkt werden. Tie 5000 Lokomoti ven müssen binnen Monatsfrist abgeliefert werden, andernfalls wertere 500

Lokomotiven als Strafe abzuliefern sind. Merlei. Verhafteter Pferdeschieber. In den Bnreauräumen des Bauernrats im Landtag ge lang es, einen Händler zu verhaften, der ge kommen war, um sich zu "rechtfertigen". Ter Schieber hatte nicht weniger als 92 Pferde zu sammengekauft um einen Betrag von 4700 (!) Mark, der größtenteils als Schmiergeld in die Tasche eines Sergeanten gegliitten war, der bis jetzt noch nicht ermittelt werden konnte. Tie Tiere, die der Händler im Garten eines Waldrestauränts unweit München untergebracht hat te, konnten mit Ausnahme von 8 Stück, welche bereits weller verkauft waren, beschlagnahmt und enteignet werden. ' ' 1

RottenSurg, 16. Dez. (Kirchenraub.) i silberne, innen und außen vergoldete Meßkelche un t> ein Meßkelch! aus Messing, mit Blumen verziert und ebenfalls vergoldet, sind am 5. Dezember aus der Wallfahrtskirche HZ. Brunn bet Hvhentann entwendet worden.

Bayerische Nachrichten. @mcit Msner. Ter Fortschrittliche Volksverein TaHau hat am 14. Dezember eine Ent schließung angenommen, die u. a. folgendes aussprach: Es ist dringend nötig, mit aller Energie darauf hinzuwirken, daß der Mann, der in seinem politischen Tjlettantismus die Einheit des Reiches aufs schwerste gefährdet hat, baldigst aus der Provisorischen Regier ung entfernt wird. Aufs schärfste wird da gegen .Protest erhoben, daß ein solcher Wann, nochj dazu ein Nichtbayer, mit der Vertretung Bayerns bei den Friedensverhandlungen be auftragt wird. Energisch« wird Widerspruch er hoben gegen jene undeutsche Politik, die in würdeloser Geschäftigkeit bestrebt ist,

Teutschland die alleinige Schuld am Weltkrieg aufzu bürden, um den Feind milde zu stimmen. Tie Vergesellschaftung, die von der neuen bayerischen Regierung angestrebt wird, soll durch die Ausbreitung des Konsuinvereinswchsens eingeleitet werden. Im Ministerium des Aeuhern werden die Vorarbeiten hiezu be- || reits aufgenommen. , Ti« Arbc itsloseitwersi«cher»«ng. Ter Mini ster Unterleitnet hat am Samstag im Winchsner Arbeiterrat die Erklärung abgegeben, daß die Verpflichtung d^s Beitrittes zur Arbeits losenversicherung sitr jeden eingeführt werden soll, der nicht mindestens 5000 Mark Jahres einkommen hat. ; Tie Einigung der Sozialdemokratie scheint nach! der neuerlichen Haltung der Unabhängi gen Tatsache zu werden. Wenigstens fand aus der Reichskonferenz der Unabhängigen der Vor schlag eines selbständigen Eintretens in den! Wahlkampf starken Widerspruch,. Sämtliche Beamte über 65 Jahre sollen dem "Bayer. Kurier" zufolge in Bayern pen sioniert werden. Tvr Bayer. Laudessoldatenrat lehnte einen Antrag des Vorsitzenden S--R. Glas, an die ~ - /-xV k. rvt V 1 J in Berlin ein Begrüßungstelegramm zu berlin ten, ab. Es wird dann nach« längerer Tebatte die Errichtung eines eigenen Blattes "Ter freie Kamerad" beschlossen. * 1 1 — — | * | „ (Sitte AkademÄer-Kersammluttg der deutschen Volkspartei fand am Montag in München im großen Wagnersaal statt. In diese Versammlung drangen mit Gewehren und Handgranaten bewaffnete Soldaten und Wjatrosen ein, die später auch« die Teilnehmer auf Waffenbesitz untersuchten. Es wird immer netter in Bayern, dem Lande, das sich "voller" Versammlungs-, Rede- und Preßfreiheit er freut. u ! In Zeiten, die immer weniger Möglichkei ten

zur Selbständtgmachung bieten, muß sich dtzr Ruf verstärken, daß die Privatangestellten die Erfüllung ihrer rechtlichen Forderungen und den angemessenen Anteil am Ertrag ihrer Arbeit finden. , 1 Teutsche Volkspartei in Bayern (Deutsche Demokratische Partei.) lebe Person (männlich oben weiblich) kann Mied der deutschen Volkspartei werden, wenn sie das 18. Jahr vollendet hat.

Lokales. La » d « h, l, de» 18. Dezember —* Das König Ludwigkreuz wurde dem Schuhmachermeister Herrn M. Schäfffer Telegiertenversammlung der A.- und S.-Rät^Wbon hier verliehen. * In Geistesstö rung ging heute Nacht eine Frau in der Länd nur mit Hemd bekleidet auf die Straße. Sie wurde ins städt. Kranken haus verbracht- l > —* Im Schlafe wurde aus der Fahrt von München hierher einem Arbeiter von Ober dorf die Brieftasche mit 95 Mark Bargeld und Arbeitspapieren gestohlen. Ter Tteb ist unbekannt. —* Deutsche VolkSpartet in Bay ern (Teutsche demokratische Partei.) Heut« Mittwoch, abends halb 8 Uhr im Turnerzimmer des Hotel Bernlochner Zusammenkunft und Be sprechung, zu der alle Mitglieder, Gesinnungs genossen und Frauen willkommen sind.

das Tach, unter dem die Mutter bei ihrem kranken Kinde saß und sang, bis der Morgen tagte. Ter Sturm hatte stchi ausgetobt. Tie hochgehende See verebbte jetzt friedliche im Mor genlicht. > 1 — T i— □ ! Schwere dunkle Tage zogen über den Düfhvvg herauf. Jens Jürgens, dem der Arzt die Sttrnwunde zugenäht, ging nach! einigen Tagen, in denen er das Bett gehütet, wieder int Hause herum. Mutter Kressen hatte ihn «gepflegt,

weil er jede Annäherung Merrets störrisch zurückwies. Zudem hatte Merret nicht Zeit, sich viel um Jens Jürgens zu kümmern. Der kleine Olaf lag in heftigem Fieber, und Merret wachte stundenlang bei Tage noch bei Nacht von seinem Lager. Der Arzt hatte eine schwere Lungenentzündung bei dem Kleinen konstatiert. Ein schwerer Fall war in Jens Jürgens, wenn er des Todfeindes gedachte, dem er sein und seines Kindes Leben dankte. Warum hatte ihn da draußen im entscheidenden Augenblick die Kraft verlassen! Warum hatte er nicht dafür gesorgt, daß Tötef Stöven allein oder mit ihm ein Grab in den Wellen fand! Er wollte nicht leben in dem Bewußtsein, dem Kapitän irgend etwas danken zu müssen. Merret ging er aus dem Wege. Zuerst, als sie — ob aus Pflicht oder aus Sorge um sein Befinden — an sein Lager getreten, hatte er sie schweigend zurückgewiesen. Jetzt, wo sie ganz in der Pflege des Kindes ausging, ihn übersah, wuchs eine tiefe Gereiztheit gegen Merret in ihm empor, und nur seine Angst um den kleinen Olaf hinderte ihn daran, seinen Zorn gegen Merret losbrechen zu lassen. Je mehr sich die Krankheit des Kindes verschlimmerte, desto feindlicher wurden Merrets Augen, wenn ihr Blick Jens Jürgens traf. Und eines Abends, da hatte plötzlich! Tam Erichs in der Tür der Wohnstube gestanden. Merret, die soeben aus der Kammer des kleinen Olaf trat, hatte ihn tödlich erschreckt angeblickt. Er hatte ihr beruhigend zugewinkt. "Seid ohne Sorge, Frau Merret," hatte er bestimmt zu ihr gesagt. "Jens ist wohlgeborgen, und ich bin gekommen, um nach Euren kranken Kindern zu sehen, von dem mir der Kapitän erzählt hat." "Jens Jürgens," hatte sie in wilder Hast ausgestoßen, "Jens Jürgens, er wird Euch töten." "Nicht

doch, Frau Merret," hatte er begütigend erwidert, "mit Jens Jürgens will ich schon fertig werden. Wie mir mein Kollege sagte, ist es nicht schlimm mit seiner Wunde, aber das Kind, Merret, laßt es mich sehen." \$ nisterpräsident Eisner heute im Landtage unter dem Beifall des gesamten Hauses mitteilte, das Referendum (Volksabstimmung wie in der Schweiz) sein. 2« tschechische Verrat im ftrtge. Wien, 15. Tez. Die Tschechen enthüllen nunmehr das ganze System ihres Hochverrats. Die "Narodni Listy" schildern dieses also: Alles wurde betreten, Truppenbewegungen, Munitionstransporte, strategische Pläne, die wirtschaftliche Lage, Stimmungen bei Hofe, Wnisterbrutse, militärische Geheimbefehle, Statthaltereierlasse, Waffenbestellungen, belauschte Telefongespräche, die Börsenlage, ja sogar ganze Seiten aus Notizbüchern österreichischer Minister, und diese Dinge gingen in Geheimschrift über die Grenze, die Originale in den Drähten der Regenschirme, in Einbänden der Bücher, im Griff des Stockes, als Inhalt der Knöpfe oder mit unsichtbarer Tinte anscheinend einer Opernsängerin geschrieben oder entnommen in die Kolben einer Maschine. Gegenüber der österreichischen Bestie war alles erlaubt. Der Verrat wuchs und nahm überhand. Tschechische Aerzte begannen in schrecklicher Menge Blinddarmpoperationen vorzunehmen. Erkrankte Soldaten konnten nicht gesondert gemacht werden, die Spitäler waren gesteckt voll, auf den Klinikett wurden Soldaten beobachtet, deren Krankheiten eselhaft und unersorschlich waren. Aus den Straßen in Prag wimmelte es von Krüppeln mit einem oder zwei Stöcken, denen die Militärärzte ab-

solut nicht helfen konnten. Unternehmungen reklamierten die Leute aus dem Militärdienst, ob sie sie brauchen konnten oder nicht. Bürgermeister, Fabrikanten, alles reklamierte, was es nur konnte. Als der österreichische Staat Meisthilfe brauchte und sammelte, bekam er um, wenigstens aus Böhmen. Die Kriessattelleihen wurden nicht gezeichnet, und wer es tun mußte, trachtete, diese Papiere so schnell wie möglich wieder los zu werden. Mit einem Worte: auf alles, was Oesterreich! von seinen Völkern wollte, antwortete unser Volk mit einem einmütigen Nein! Wie tief muß die Moral von Leuten gesunken sein, die sich noch, solcher Schwärze ketten rühmen. • , | Reichstagspräsident Fehrenbach verzichtete auf die Einberufung des Reichstages, da zu nächst ein Bedürfnis für den Zusammentritt des Reichstages nicht bestehe. « "Ach", Tam Erichs," schluchzte Merret auf, "rettet mein Kind!" [Er schritt an Merret vorüber durch, die dunkle Holztür in die Kammer, in welcher der kleine Olaf mit fieberheißem Köpfchen sich unruhig in der weiten Bettschale hin und her warf. Mit angstvollen Blicken verfolgte Merret jede Bewegung des Töters, der das Kind untersuchte. Immer ernster, immer undurchdringlicher wurden Tam Erichs Züge. "Ihr habt keine Hoffnung," schrie Merret plötzlich auf, "mein Kind stirbt." "Ruhig, ruhig, Merret! Solange das Kind atmet, solange können wir auch hoffen." So gab kurze, bestimmte Weisungen, sprach! Merret Mut ein, stellte einen Besuch! für morgen in Aussicht und dann fragte er mit scharfer Stiinsme: "Wo ist Jens Jürgens? Ich will nicht, daß er denken soll, ich hätte mich heimlich in sein Haus eingeschlichen. Ich will ihn sprechen!" 1 "Um Gottes Willen, Tam Erichs, Ihr wollt ihm doch nicht

sagen . . (Fortschun', folgt.) /t~r - - ' 1 >

Literarisches. "Der Vortrupp", Halbmonatsschrift ffftt das Deutschtum unserer Zeit. Herausgegeben von Dr. iur. Hermann M. Popert, Hamburg. e*b Kapitänleutnant a. D. Hans Paasche, Berlin. Verantwortl'tcher SchriftleUer: Dr. phil. N. 'Kraut, Hambürg. Verlag von Alsted Janssen, Hamburg Preis: Jährlich 8 Mark, vierteljährlich 2 Mark. Einzelnummer 40 Pfg. Der "Baumeister", Monatshefte für Architektrn und Baupraxts, (Verlagsbuchbehandlung @eorg D. W. Callwey). Das 'Heft ist zum Preist vo» 8—. Mark durch alle Buchhandlungen zu beziehen. "Wachfeuer" (Architektur - Verkrg "Der Zirkel« G. m. b. H., Berliu, Wtlhelmfr. 48, Pre!» 30 Pfg.) ist das neueste 145. Heft erschienen 2k» freie «ort. Frankfurter Halbmonat». schrift für Fortschritt auf allen Gebieten dcS geistigen Lebens. Herausgegeben von Max Henning. 15. Jahrgang. Heft 19/20. Frank furt <i. W. Neuer Frankfurter Verlag G. IS b. H. Preis vierteljährlich 2 Mark. Der Ber> ' lag gibt auf Wunsch Probehefte gratis ab Huuvefport «uv Jagd. Amtliche Zeit» ltche Zeitschrift des Deutschen Reichsverbandes für Polizei- und Schiutzhunde, E. W. mit 28 Unterabteilungen und anderer Verbünd«. @r» scheint wöchentlich einmal ton Verlage Gnadlach-Meftftld. Preis viertelWrktch 2.26 M.

Finnland g»rA««t. [Helsing fors, 17. Tez. Heute reisten die Reste der deutschen Truppen und der Stab des Generals Grasen von der Goltz auf 2 gra sten Uederseedampsern ad. Bei der Abreise versammelte sich- eine unübersehbare Volksmenge und brachte begeisterte Kundgebungen für die deutschen Truppen und für TeutschjLand aus.

der Wahl zu beteiligen. Niemand dürfe sichs ausschließen. Die Gesttze müßten einen Aus gleich- der Wünsche der einzelnen Klassen her beiführen. Tie Frauen müssen Helsen, die neue Zeit zu gestalten. Tas Frauenstimmrecht müsse den weiblichen Einfluß aus die Politik sichern. In der Diskussion sprach! zuerst Schauspieler Borstendörfer, der das sozialdemokratische Programm hervorhob und Liebknecht, Lenin und die bolschewistischen Ideen, häufig unterbra chen, in den Vordergrund stellte. Aus Herrn Schwede rs Rede konnte man nicht klug werden, er erregte aber durch, eine rednerische Eptglep» sung den Unwillen der Frauen. Herr Besk wies daraufhin, daß das Programm der Temo kraten schon 1848 geschaffen sei, also viel eher als es überhaupt Sozialdemokraten gegeben ha be. Frau Bvrstendörstr bricht für Kurt Eisner unter öfteren Beisalls-- und Mißfaklensäußerungen der Versammelten eine Lanze. Herr Tr. Buhl wies darauf hin-, daß Herr Borstendörfer mit Unrecht das "sozialdemokratische Programm im Munde führe, denn die Lenin, Liebknecht etc. seien keine Sozialdemokraten. Herr Hölldobler erwiderte aus einen Anruf der Frau Borstendörfer. Hieraus nahm Frau Krämer das Schlußwort, in dem sie nochmals die Frauen aufforderte, sich! einer Partei anzu schließen und ihr Wahlrecht auszuüben, worauf die Versammlung, die in ihrem zweiten Teil manche stürmische Szene auslöste, geschlos sen wurde. Es ist ein Verdienst der Vorsitzen den, daß die Versammlung trotzdem einen würdigen Abschluß fand. , - • Stimmen aus dem Publikum. (Die Redaküon übmttmmi für Einsendungen uni« dtq« Aubril betn Publikum

gegenüber keine V«antw»Nu»g.) Aur BotWoersam« lang. Zur Zisf. 1 Ihrer "Stimmen aus' dem Pu- blikum" von gestern bitte ich« hiemit eine Lanze Wr d ie hiesige Polizei brechen zu dürfen, da es sicher den bestehenden Zeiwerhältnissen ge- rechterwerdend geschehen ist, wenn sie es ver mied, in Dienstuniform bei den jetzt so häufig geschehenden politischen Versammlungen zu er scheinen. Nicht nur, daß durch ihr Auftreten Sn dieser Aufmachung (Uniform) viel zu sehr an die früheren "Ueberwachungen der politi schen Versammlungen" erinnert und damit von vornherein in manchen Köpfen böses Blut ver ursacht würde, sie tonnte auch- in keiner Weise Um Sinne der Meinung des Einsenders tätig sein. Es ist ganz sicher nicht Sache der Po lizei, von der man doch! mit vollem Rechte verlangt, daß sie in ihren Tiensthandlungen völlig politisch neutral sei, dahin .polizeilich tätig" zu sein, daß ein der Versammlung an scheinend mißliebiger Redner zu Wort und zu Gehör kommt. Etwas anderes kann der Einsender nicht im 'Auge haben, da doch trotz Der großen Menschenansammlung keinerlei Aus schreitungen vorkamen und somit ein Ein- schreiten der PvlIM picht notwendig erschien. Zur Beruhigung des Einsenders möchte noch gesagt sein, daß ich! mehrere Angehörige der Polizei in Zivilkleidern, ob dienstlich oder dienstfrei anwesend, weiß ich, nicht, unter den Persammlungs-Tetlnehmern gesehen habe. —f_ i t ' * • } Die Francuvrrsammlurg (die am letzten Montag abends von der Teutschen Molkspartei in Bayern im Bernlochuersaal ab gehalten wurde, eröffnete Frau Professor Humsmel mit einer zündenden Vorrede. Tie erste Meserentin Frau Krämer-München betonte u. ja.: Tie

Sozialdemokratie habe ihre Ideen von der Demokratie. Karl Marx hat gesagt, ohne die Demokratie hätte er die Sozialdemokratie nicht ausbauen können. Schon 1832 erließen die Demokraten einen Ausruf: Männer und Mädels, kommt und helft uns. Das Zentrum hat erst in der allerletzten Zeit sein Herz für das Frauenwahlrecht entdeckt. Die Rednevin gab dann ein umfassendes Bild der Frauenstimmrechtsfrage und meinte: Nun haben wir Frauen das Wahlrecht und es kommt darauf an, dasselbe richtig zu gebrauchen, Hand in Hand mit den Männern den Staat neu auszubauen. Politik sei eine schwere Sache und die letzten Jahre zeigen, daß selbst die Männer nicht voll gewachsen waren. Es sei nicht wichtig, wenn man sage, die Frauen haben keine Zeit. Die Frauen dürfen nur das "Ratschen" richtig verwenden und sich gegenseitig politisch aufklären. Auch in der Ehe sei es besser, wenn politische Meinungsstreite andere vielleicht schlimmer wirkende ablösen. Die Frauen sind aus dem 'Zustand' erlöst, der sie Kindern und geistig Minderwertigen gleichstellt. Erst ein Mensch!, der eine Verantwortung trägt, ist ein ganzer Mensch. Hinter dem Wahlrecht liegen aber noch weitere Ziele. Die Frauen sollen einen anderen Ton in die Politik tragen. Die Unabhängigen geben der Freiheit keine eigene Bedeutung. Sie lassen uns in Versammlungen nicht reden. Sie sprengen die Versammlungen nach dem Rezept "und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Mädel ein". Die Frauen werden sich von den Ultraradikalen nicht anstecken lassen. Die Frau braucht die Ordnung. Wie sehr sie diese liebt, das haben wir während des Krieges gesehen, wo die Stadtbevölkerung und die Landbevölkerung alles getan haben, um die Ordnung aufrecht zu

erhalten. Die Freiheit, die wir meinen, wir demokratischen Frauen, das ist die Mitbeteiligung der Frau im freiheitlichen Staat. Zuerst wollen wir die Dankbarkeit gegen unsere Krieger, die Kriegerwitwen und Kriegerwaisen nicht vergessen. Wir wollen den heimkehrenden Kriegern ein eigenes Heim auf eigener Scholle bieten. Dazu müssen die Grundbesitzer, die Fideikommisse aufgeteilt werden. Die Fabriken müssen hinaus verlegt werden auf das Land, damit den Arbeitern und ihren Kindern bessere Wohnungsverhältnisse geschaffen werden können. Wir wollen ferner den Heimatboden in der Weise ausnützen, daß wir die Bodenschätze, wie Kohle, Erz und Salz, für die Allgemeinheit und nicht in den Händen Einzelner ausbeuten lassen. Wir wollen aber andererseits nicht alles verstaatlichen, es soll auch dem Tüchtigen Gelegenheit geboten werden, seine Tüchtigkeit zu nutzen. In Rußland habe man plötzlich alles verstaatlicht und jetzt schon nach kurzer Zeit hat Lenin zugeben müssen, man müsse von der Verstaatlichung zurückkommen. Es gehe aus diese Weise nicht. Die Kriegsgewinne wollen wir ganz scharf herannehmen. Ferner werden wir demokratische Frauen dafür sorgen, daß die Erbschaftssteuer eingeführt, aber nicht blindlings gemacht werde. Es müsse der Verschwendung Einhalt getan werden. Hier habe besonders das Militär schwer gesündigt. Schuld daran seien aber wir alle, weil wir es uns so lange haben gefallen lassen. Der Ausstieg des Tüchtigen solle auch in der Schule gewährleistet werden ohne Unterschied des Standes und der Konfession. Unser Erziehungs- und Bildungswesen muß auch noch immer besser ausgebaut werden. Wir müssen die freie Staatsschuld

fordern ohne Beschneidung des Willens der Eltern hinsichtlich der religiösen Kindererziehung. Wir brauchen eine zeitgemäße Umgestaltung der Mittelschulen. Der Religionsunterricht soll zunächst im Rahmen der Schule durchgeführt werden. An einer Verbindung von Kirche und Staat wird die Kirche bei den in einem demokratischen Staatswesen wechselnden Partei-Mehrheiten selbst wenig Interesse haben. Man muß nicht rufen "die Religion ist in Gefahr". Das ist sicher nicht der Fall, wenn die Frauen im Staate mitarbeiten, denn die Frauen sind religiös und wollen ihre Kinder im Wesen der Religion erziehen. Wir wollen auch! sorgen, daß unsere Kinder in gesunden Wohnungen kommen, daß die Gesundheitspflege eine bessere werde, Mutterschutz, Säuglingspflege und die Kindererbschaftsfrage gelöst werden. Den Müttern soll die Möglichkeit gegeben werden, gesunde Kinder zu gebären, das sei die beste Bevölkerungspolitik. Etwas schlimmeres als eine Trennung vom Reiche könnte uns nicht passieren, denn alle Teile des Reiches seien wirtschaftlich auseinander angewiesen. Allerdings werden uns in Süddeutschland die Vorherrschaft von Preußen nicht mehr gefallen lassen. Wir wollen gut bayerisch! sein und gut deutsch!- Wir brauchen ein großes Reich!, in dem wir auch die Deutsch-Oesterreicher herzlich! willkommen heißen. Wir Frauen wollen die Abrüstung und den Völkerbund als Garantie dauernden Friedens. Die Republik muß durch die Nationalversammlung befestigt werden. Hierzu muß jede Frau mitarbeiten und hier kommt es aus jeder Stimme an. Heute ist die Stimme eines Fabrikmädchens so viel wert als die Stimme des Herrn Kramer-Klett oder des Herrn Oldenburg-Januschau. Wir wollen

'aber den Wahlhampf nicht führen,
daß wir nach dem Kriege draußen
nicht einen Krieg im Lan de
bekommen. Ter Wahlkamps soll
veredelt werden. Wir Frauen wollen
nicht überreden, sondern
überzeugen. Wir können auch, auf
diese Weise die Minner erziehen.
Tie zweite Re ferentin Frl.
Rheinstrom, wandte sich! an die
Jugend, die durch den Krieg zum
Ernste erzogen, aus ihren Träumen
gerissen worden fq. Sie verlangte u.
a. für die heranwachsende
weibliche Jugend bessere
Wirtschaftsmöglichkeit durch den
Ausbau der Schulen und
HochschMen. Im Übrigen stellte sie
die gleichen Forderungen auf tote
die Vvrrrednerin und ermunterte die
Frauen, bte mit 1.25 Millionen
Stimmen den ©Blutern überlegen
seien, sich vollzählig an